

WERTPAPIERE & KAPITALMARKT

Win-win für
Vorsorge und grüne
Transformation



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



DATENRÄUME
Interview: Was „Marktplätze“
für Daten bringen

Seite 4



AUFSICHTSRÄTINNEN
Der erste Jahrgang des
Sparringprogramms

Seite 5



OBERÖSTERREICH
„Industrie im Dialog“
zur grünen Transformation

Seite 10

Indien als neuer Partner für Fachkräfte und Handel

Für die EU ist der Markt mit 1,4 Milliarden Einwohnern aus mehreren Gründen spannend.



Tatsächlich erstarbt mit Indien eine wirtschaftliche Großmacht, die in Asien ein Gegengewicht zu China bildet. Die EU hat dies richtig erkannt und möchte die Gespräche zum EU-Indien-Handelsabkommen finalisieren sowie durch die neue EU-Initiative „Global Gateway“ eine stärkere Verbindung mit Indien erreichen.

Mit einem Wachstum von durchschnittlich sieben Prozent pro Jahr ist Indien eine rasant wachsende und mittlerweile die fünftgrößte Volkswirtschaft der Erde. Der Markt mit rund 1,4 Milliarden Einwohnern ist für die EU derzeit der zehntgrößte Handelspartner, umgekehrt ist die EU der drittgrößte Exportmarkt für Indien. „Für beide Seiten gibt es große Potenziale, aber für die europäische Industrie auch große Hürden, etwa bei hohen Zöllen für den Automobilssektor“, sagt Michael Löwy, Bereichsleiter Internationale Beziehungen und Märkte bei der IV. 2021 betrug das Warenhandelsvolumen zwischen beiden Seiten rund 88 Milliarden Euro; der Handelsumsatz zwischen Indien und Österreich liegt bei rund 2,15 Milliarden Euro. Mehr als 150 österreichische Unternehmen sind derzeit in Indien vertreten.

Wirtschaftsraum der Zukunft

Angesichts der geopolitischen Herausforderungen und des großen Potenzials im Handel hat die EU Mitte des vergangenen Jahres nach achtjähriger Pause die Verhandlungen über ein Abkommen wieder aufgenommen. „Bisher kommen die Gespräche eher schleppend voran – als größte Hürden gelten Indiens Schutzzollpolitik und unterschiedliche Ansichten in den Punkten Klima und Nachhaltigkeit“, erklärt Löwy. Zudem versucht die EU mit dem Projekt „Global Gateway“, die Zusammenarbeit zu stärken: Bis 2027 sollen bis zu 300 Milliarden Euro in Infrastrukturprojekte in Schwerpunktregionen investiert

werden. Asien ist der Wirtschaftsraum der Zukunft und Europa sollte dort eine aktive Rolle einnehmen.

Nicht nur als Handelspartner wird Indien derzeit von europäischen Regierungschefs umgarnt: Deutschlands Kanzler Olaf Scholz warb Ende Februar auf einer Indienreise für Deutschland als Standort für IT-Fachkräfte, die dort dringend gebraucht würden. Vergangenes Jahr erteilte die Botschaft in Neu-Delhi nach eigenen Angaben rund 2.500 bis 3.000 Fachkräften ein Visum, darunter waren vor allem IT-Fachkräfte. Heuer soll die Zahl deutlich steigen – Deutsch gelernt werden könne später, betonte Scholz, denn in der IT sei Englisch ohnehin eine gängige Sprache.

800 RWR-Karten

Besagtes Anliegen haben auch andere europäische Länder in Indien. In Österreich entstehen im Bereich der Schlüsseltechnologien, wo IT eine wesentliche Rolle spielt, bis 2029 insgesamt 58.000 zusätzliche Arbeitsplätze, die durch die angespannte Situation am heimischen Arbeitsmarkt kaum besetzt werden können. In Indien ist die Bevölkerung vergleichsweise jung; für die vielen jungen IT-Fachkräfte gibt es im Inland aber kaum genug Arbeitsplätze.

Wie Deutschland versucht daher auch Österreich, ein entsprechendes Abkommen zu schließen. Außenminister Alexander Schallenberg und sein indischer Kollege

Subrahmanyam Jaishankar hatten zu Jahresbeginn eine „Migrations- und Mobilitätspartnerschaft“ auf den Weg gebracht, die unter anderem einen Zielwert von 800 Rot-Weiß-Rot-Karten an Fachkräfte aus Indien vorsieht. Das Abkommen muss von beiden Seiten noch abgesegnet werden. „Dieses Abkommen zeigt klar, dass es bei allen Differenzen gelingen kann, Punkte zu finden, in denen beide Seiten von einer Partnerschaft profitieren“, sagt Löwy.



GASTKOMMENTAR

Unternehmer sind die besseren Botschafter

Der Streit zwischen West und Ost macht Österreich wieder zu einem wichtigen Knotenpunkt.

Export ist das Zauberwort der Stunde. Immerhin erhoffen sich die heimischen Wirtschaftsvertreter für das laufende Jahr 2023 bereits das Knacken der 200-Milliarden-Euro-Schallmauer am Gütermarkt. Dass hinter diesen sperrigen Zahlen aber auch mehr als 63.000 heimische Klein-, Mittel- und Großbetriebe und fast ebenso viele fleißige und gewiefte Unternehmerinnen und Unternehmer stehen, rückt oftmals in den Hintergrund. Sie, meine Damen und Herren, sorgen aber für diesen Erfolg und tragen das österreichische Fähnchen mit der Qualität Ihrer Produkte und Dienstleistungen „made in Austria“ in die weite Welt hinaus.

Doch Deals im Ausland sind nicht immer unumstritten, oft hängt der Erfolg politisch gesehen am seidenen Faden. So muss man etwa auch das höchst umstrittene Geschäft der Raiffeisen Bank International in Russland einfach zur Kenntnis nehmen.

Während der internationale Druck weiter steigt und die US-amerikanischen Behörden in Alarmstimmung verfallen, leistet die Bank jedoch ein Vielfaches mehr in Sachen

„Doch Deals im Ausland sind nicht immer unumstritten – oft hängt der Erfolg politisch gesehen am seidenen Faden.“

Neutralität und Diplomatie als unsere Spitzenpolitik. Die russische Raiffeisen-Tochter wickelt ja dem Volumen nach auch satte 25

Prozent der Überweisungen in Euro nach Russland sowie 30 Prozent des Zahlungsverkehrs im SWIFT-System in Richtung US-Dollar und Euro ab. Keine Kleinigkeit!

Der russische Angriffskrieg muss mit allen diplomatischen Mitteln verurteilt werden, doch ein Rückzug oder das schlichte Weglaufen der heimischen Unternehmen sorgen nicht für mehr internationale Anerkennung oder großen Beifall, sondern für schnellen Ersatz aus anderen Gefilden. Folge: Kein Rubel, der rollt, und schlussendlich auch kein Plus für den heimischen Steuereintreiber. Von den Auswirkungen auf unser Image am weltweiten Parkett ganz zu schweigen. Ob China, Indien und Co einen rot-weiß-roten Knicks vor den Amerikanern goutieren, darf jedenfalls stark bezweifelt werden. Fakt ist, der Streit zwischen West und Ost macht Österreich wieder zu einem wichtigen Knotenpunkt. Das Erfolgsrezept ist aber nicht wegducken, sondern aktiv handeln – egal womit, außer mit Waffen.



Josef Poyer, Redakteur für Chronikales bei der Kronen Zeitung.

Fotos: IV/Matarnovic, Reinhard Heil

Ein deutlicher Anreiz für Eigenverantwortung

Die Behaltefrist für Aktien bedient gleich zwei Dimensionen der Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen.

Raus aus dem Krisenmodus! Wir müssen uns wieder den Zukunftsfragen widmen und zu einem gesunden Maß an Eigenverantwortung zurückfinden.“ Diese wichtigen Worte von IV-Präsident Georg Knill bei seinem Auftritt in der ORF-Pressesendung können gar nicht oft genug betont werden. In den vergangenen Jahren haben Ausnahmesituationen den Ruf nach dem Staat notwendig gemacht. Die Vollkaskotalität darf aber keinesfalls zum Normalzustand werden. Wenn das auch die Regierung so sieht (und davon sollte man gerade angesichts der Belastungen des öffentlichen Budgets ausgehen können), muss sie einen wichtigen Baustein dafür jetzt umsetzen: Die Behaltefrist für Aktien bedient nämlich gleich zwei Dimensionen der Unabhängigkeit von staatlichen Leistungen und harrt unverständlicherweise im Regierungsprogramm ihrer Umsetzung.

Erstens stärkt eine steuerliche Begünstigung langfristiger Aktiengewinne den Kapitalmarkt und öffnet damit den Zugang zu privatem Kapital, um die wichtigen Bausteine der Zukunft zu finanzieren: Innovation, Digitalisierung, grüne Transformation. Diese Bereiche allein mit Steuergeld finanzieren zu wollen ist budgetär nicht leistbar, insbesondere, wenn wichtige Kernaufgaben der öffentlichen Hand ausreichend dotiert werden.

Darüber hinaus zeigt das aktuelle Aktienbarometer, dass Aktienbesitz längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist (siehe Coverstory, Seite 6-7). Das ist gut, denn langfristige und breit gestreute Investments in Aktien gelten – das ist die zweite Dimension – als wichtiger Baustein für eine solide Altersvorsorge.

Als alternde und schrumpfende Gesellschaft werden wir uns das ohnehin schon teure staatliche Pensionssystem nicht mehr lange in diesem Umfang leisten können. Altersarmut ist kein Zukunftsthema, sondern besonders für viele Frauen längst Realität, und (auch das zeigt das Aktienbarometer) sie investieren in zunehmendem Ausmaß in Wertpapiere.

Mit einem Entfall der derzeitigen Besteuerung von Aktiengewinnen über 27,5 Prozent (!) bei langfristigen Investments würden wir Eigenverantwortung belohnen und mehr Geld mobilisieren – für Innovationen und private Altersvorsorge.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



IV-MEINUNG



„Die Chancen liegen zum Greifen nahe – packen wir sie nicht an, tut es jemand anderer. Die EU wäre jetzt der erste Handelspartner, der mit Mercosur-Staaten ein Wirtschaftsabkommen abschließt.“

IV-Präsident Georg Knill in der ORF-Pressesendung zum Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten.



„Im Endeffekt geht es darum, dass genug gearbeitet und geleistet wird, um den Sozialstaat zu erhalten.“

Monika Köppl-Turyna vom Forschungsinstitut Eco Austria zur aktuellen Debatte rund um die Arbeitszeit.



„Die weiterhin hohe Teuerungsrate ist unter anderem auf Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, Haushaltsenergie und Bewirtung zurückzuführen.“

Tobias Thomas, Generaldirektor Statistik Austria

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 28. Februar war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at.

AKTUELLES IN KÜRZE

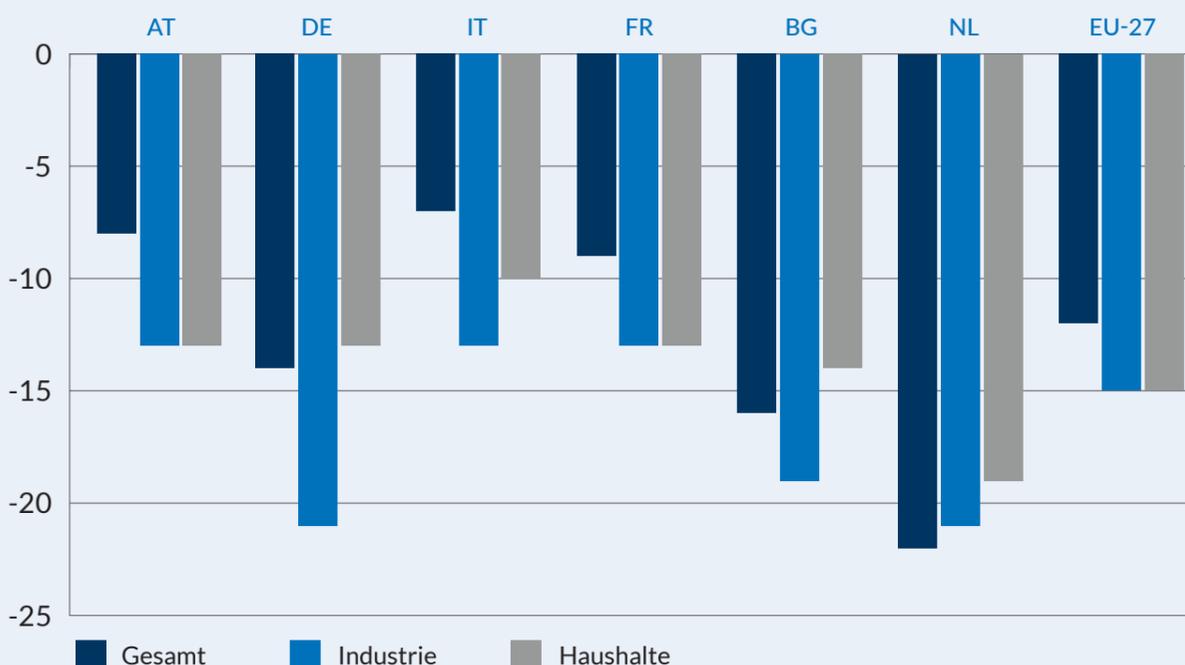
GRAFIK DES MONATS

Die Erdgasnachfrage ist in ganz Europa im vergangenen Jahr unter dem Eindruck der Folgen des Ukrainekriegs stark gesunken. In Österreich wurden in der Industrie 13 Prozent weniger Erdgas benötigt als

durchschnittlich in den Jahren unmittelbar vor dem Krieg. Die EU ist zwar weiterhin von Einfuhren fossiler Brennstoffe abhängig, aber sie diversifiziert laufend ihre Gaslieferanten. Gas wird hauptsächlich für die

Stromerzeugung, die Haushaltsbeheizung und industrielle Prozesse verwendet. Mehr als 30 Prozent der Haushalte in der EU nutzen laut Eurostat Gas, um ihre Wohnungen zu beheizen.

Erdgasnachfrage 2022 gegenüber dem Durchschnitt aus 2019–2021 (in Prozent)



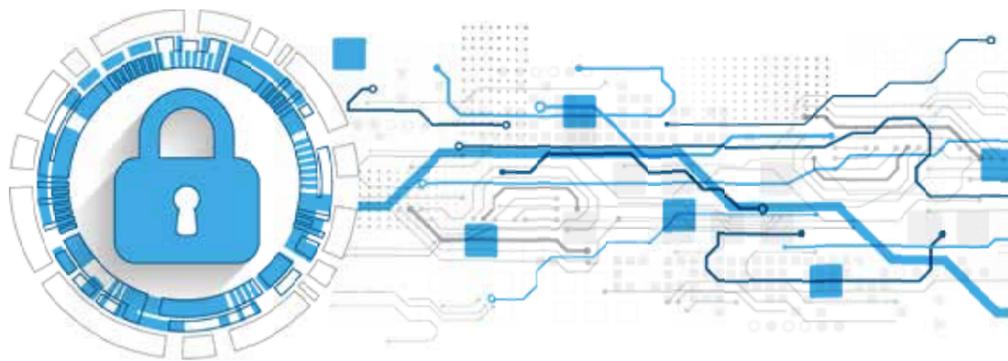
ZAHL DES MONATS

9.147

So viele Lehrstellen waren im Februar laut AMS in Österreich offen. Demgegenüber standen lediglich 5.560 Stellensuchende. Diese Zahlen machen den aktuellen Arbeits- und Fachkräftemangel besonders deutlich – Lehrlinge sind die Arbeitskräfte der Zukunft. Die IV setzt sich intensiv dafür ein, dass das Image der Lehre verbessert wird und angesichts der angespannten Lage am Arbeitsmarkt Leistungspotenziale in Österreich gehoben werden; sei es durch die steuerliche Begünstigung von Überstunden und der Arbeit über das Pensionsalter hinaus oder einen Freibetrag beim Umstieg von Teilzeit auf Vollzeit.

Der eklatante Lehrlingsmangel, vor allem in MINT-Berufen, und die Auswirkungen der mannigfaltigen Krisen auf die Ausbildungsbetriebe rechtfertigen aus Sicht der IV auch eine neu einzuführende steuerliche Unterstützung der Lehrausbildung.

Datensouveränität sichert Wettbewerbsfähigkeit Europas



Helmut Leopold leitet am AIT das Center for Digital Safety & Security und spricht im Interview darüber, wie Unternehmen von Datenräumen profitieren können.

Kürzlich fand das Kick-off von EDDIE, einer vom AIT koordinierten Initiative zur Schaffung eines europäischen Energiedatenraums, statt. Was genau verstehen Sie unter einem Datenraum und wo liegen die konkreten Mehrwerte für Unternehmen?

Helmut Leopold: Der Begriff „Datenraum“ beschreibt Daten als auch Onlinedienste, Vereinbarungen, Regeln und Standards, um einen Datenaustausch nach kommerziellen Mechanismen zwischen verschiedenen Teilnehmenden im Datenraum zu ermöglichen und dadurch von globalen Monopolanbietern unabhängig zu werden. Wichtige Designprinzipien dafür sind die Sicherstellung von Datensouveränität durch föderierte IT-Architekturen, damit die Kontrolle über die Verwendung der Daten bei den Datenbesitzern bleibt. Unternehmen können darin vergleichbar mit Marktplätzen über Online-Plattformen einfach benötigte Daten finden, diese online erwerben und sie mit eigenen Daten verknüpfen und verarbeiten, um neue Geschäftsmodelle oder Produktvorteile zu realisieren.

sind weitreichende Open-Source-Entwicklungen im Gange, damit Unternehmen aus den unterschiedlichsten Domänen ein einfacher Einstieg bei der Nutzung und für die Gestaltung der neuen Datenservices ermöglicht wird. In anderen Domänen wie Energie, Mobilität oder Gesundheit, aber auch sektorübergreifend, sind ebenfalls europäische Initiativen in Umsetzung. Der Gaia-X Hub Austria unterstützt Unternehmen, um an diesen Initiativen teilzunehmen und Potenziale für ihre eigenen Geschäftsbereiche abzuleiten.

Unternehmen sollten in der ersten Phase das Informationsangebot des Gaia-X Hubs Austria nutzen, um erste Erfahrungen zu sammeln und einen Beitrag zur Definition von Unternehmensstrategien zu erhalten. In der zweiten Phase ist die Teilnahme an Pilot- und Evaluierungsprojekten auf nationaler oder EU-Ebene empfehlenswert.

Welche Bedeutung hat die Datensouveränität für Europa? Welche Rolle kommt Initiativen wie Gaia X zu und wie wirkt dabei der Gaia-X Hub Austria?

Eine nachhaltige Datensouveränität Europas ist eine unverzichtbare Grundlage für die positive Entwicklung unserer freien Demokratie als auch für die Sicherstellung einer globalen Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsraums.

Der Gaia-X Hub Austria positioniert sich dabei als Serviceorganisation für österreichische Unternehmen. Einerseits werden dadurch Informationen, Wissen und verfügbare neue Technik und neue Services sowie Beispiele neuer Geschäftsmodelle

vermittelt, andererseits wird bei der Vernetzung zu nationalen oder EU-weiten Aktivitäten unterstützt.

Wo stehen österreichische Unternehmen und Organisationen im Bereich Datennutzung und in welchen Bereichen sehen Sie Handlungsbedarf? Was raten Sie Unternehmen?

Erste österreichische Unternehmen sind bereits bei entsprechenden EU-Innovationsinitiativen zur Schaffung von Datenmärkten in einer führenden Rolle eingebunden. Auch verschiedene Forschungseinrichtungen haben schon Know-how und Kompetenzen in Österreich aufgebaut. Wir empfehlen Unternehmen, diese Möglichkeiten zu nutzen und sich in diesen Initiativen aktiv einzubringen.

Was wünschen Sie sich von der Politik?

Durch die Unterstützung des Gaia-X Hub Austria, initiiert durch das Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (BMK, Anm.) als auch durch das Staatssekretariat für Digitalisierung und Telekommunikation, konnte im EU-Vergleich ein Vorzeigemodell für die Unterstützung der lokalen Wirtschaft etabliert werden.

Im nächsten Schritt ist es wichtig, aktiv nationale Fördermaßnahmen zu gestalten, damit österreichische Organisationen sich in diesen neuen Daten-Ökosystemen im internationalen Kontext positionieren können. Zusätzlich ist die Einbindung von öffentlichen Organisationen als Datenprovidern in zukünftigen Datenmarktplätzen eine Voraussetzung dafür, um unsere globale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen.

STICHWORT GAIA X

Gaia X ist ein europäisches Projekt zur Schaffung eines föderierten und sicheren Datenökosystems, basierend auf europäischen Werten. Gaia X sieht ein faires und offenes Modell vor, auf dessen Basis Organisationen, Unternehmen und Nutzer Daten austauschen und Daten-Geschäftsmodelle aufbauen können, gleichzeitig aber die Kontrolle über ihre Daten behalten. Als zentrale Anlaufstelle in Österreich agiert der Gaia-X Hub Austria, koordiniert durch das AIT. www.gaia-x.at

Welche konkreten Best-Practice-Beispiele für Datenräume – zum Beispiel in Produktion, Mobilität, Gesundheit – gibt es bereits und wie können sich österreichische Unternehmen daran beteiligen?

Bisher sind die Bereiche Automotive und Produktion Vorreiter, um Ansätze für die Verbesserung von Ressourcenmanagement, Lieferketten oder die Schaffung neuer Produktangebote zu erreichen. Ein konkretes Beispiel sind Produktpässe, die alle Daten eines Produkts im Lebenszyklus verbinden. Damit können Prozesse während des Betriebs bis hin zum Recycling optimiert werden. Derzeit

EXPERTENMEINUNG

Neuer Forschungsrat wird auf den Weg gebracht

Bei der Neubesetzung der Ratsversammlung sind starke Stimmen für Technologiepolitik erforderlich.



Iris Fischl-Ruhland, Expertin aus dem IV-Bereich Forschung, Technologie & Innovation.

Die Zusammenlegung des bisherigen Rats für Forschung und Technologieentwicklung, des Wissenschaftsrats und des bereits aufgelösten ERA Council wurde bereits in der Zukunftsoffensive für Forschung, Technologie und Innovation (2018) und im Regierungsprogramm (2020-2024) verankert. Anfang Februar wurde nun das Errichtungsgesetz für den neuen Forschungsrat („FWIT-Rat“) im Ministerrat verabschiedet. Das neue Beratungsgremium der Bundesregierung wird den gesamten Innovationsbogen abdecken. Nächste Station ist das Parlament – voraussichtlich im März dieses Jahres.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund geopolitischer Herausforderungen und rasant zunehmender Technologiewettläufe sowie des Umstands, dass zwei Drittel der Forschungsausgaben von Unternehmen kommen, ist es aus Sicht der IV enorm wichtig,

„Forschung und Kompetenzaufbau sind strategischer Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des österreichischen Wirtschaftsstandorts.“

bei der Neubesetzung der Ratsversammlung auch starke Stimmen für Technologiepolitik vorzusehen – denn Forschung und Kompetenzaufbau zu Schlüsseltechnologien sind strategischer Schlüssel für die Zukunftsfähigkeit des österreichischen wie europäischen Wirtschaftsstandorts.

Die Ratsversammlung des FWIT-Rats soll aus zwölf Mitgliedern bestehen, die jeweils auf vier Jahre bestellt werden – eine einmalige Wiederbestellung ist möglich. Das ratsvorsitzende Mitglied vorzuschlagen obliegt dem Bundeskanzler bzw. der Bundeskanzlerin in Abstimmung mit dem Vizekanzler bzw. der Vizekanzlerin. Sechs Mitglieder werden vom Wissenschaftsministerium (BMBWF) vorgeschlagen, vier Mitglieder vom Klima- und Technologieministerium (BMK) und ein Mitglied vom Wirtschaftsministerium (BMAW). Neu ist ein acht Mitglieder umfassender Aufsichtsrat für den FWIT-Rat, wobei die drei FTI-Ministerien je zwei Mitglieder bestellen, Bundeskanzleramt und Finanzministerium jeweils eines. Die Bestellung der Mitglieder der Ratsversammlung sowie des Aufsichtsrats soll dem Gesetzesentwurf nach bis 30. April erfolgen. Die Geschäftsführung soll nach Ausschreibung bis Ende September bestellt werden.

Sparringprogramm bringt mehr Frauen in Aufsichtsräte

Der erste Jahrgang des Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat“ ist erfolgreich zu Ende gegangen.

Aufsichtsräte nehmen als Kontrollgremium in Unternehmen eine wichtige Rolle ein – und es handle sich um eine Vertrauensposition, erklärte IV-Vizepräsidentin Sabine Herlitschka beim Abschluss des ersten Jahrgangs des Sparringprogramms „Netzwerk Aufsichtsrat“, das die IV gemeinsam mit dem Verein zur Förderung von Arbeit ABZ* Austria ins Leben gerufen hat. „Das Programm geht über ein Ausbildungsprogramm hinaus. Es

geht um die Kraft des Netzwerks und um dessen Weiterentwicklung“, erklärte Herlitschka, die als Vorstandsvorsitzende der Infineon Austria selbst ein börsennotiertes Unternehmen leitet. Sie weiß, dass in den Aufsichtsratsgremien nach wie vor zu wenige Frauen sitzen, und genau hier will das Programm auch ansetzen.

Austausch auf Augenhöhe

Im ersten Durchgang wurden 20 Frauen ausgewählt, die fachlich und durch ihre

berufliche Laufbahn als Aufsichtsrätinnen hoch qualifiziert sind. Sie bilden mit erfahrenen Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräten jeweils ein Sparringtandem. Eine dieser Sparringpartnerinnen ist Karin Exner-Wöhler, Vorstandsvorsitzende der Salzburger Aluminium AG und Aufsichtsratsmitglied der Telekom Austria AG. „Je bunter ein Aufsichtsrat zusammengesetzt ist, desto wirkungsvoller ist er – das gilt nicht nur für die Zusammensetzung nach Geschlecht, sondern auch für jene nach Alter, Herkunft und Kompetenzen“, sagte Exner-Wöhler am Rande des 13. Aufsichtsratsstags der WU Wien. Sie hat in dem Sparringprogramm ein Tandem mit Katharina Zeitlhofer gebildet; Zeitlhofer ist bei Palfinger als Vice President Corp. GRC / Group Accounting / Taxes tätig und hat im Laufe des Sparringprogramms eine Rolle im Aufsichtsrat des Familienunternehmens Gebauer & Griller angenommen.

Am Programm schätze sie nicht nur den „perfekten Match“ mit Exner-Wöhler und den „Austausch auf Augenhöhe“, sondern auch die regelmäßigen Treffen der gesamten Gruppe aus erfahrenen und angehenden Aufsichtsrätinnen und Aufsichtsräten – ein Netzwerk, das auch in der Vermittlung zwischen Unternehmen und

Aufsichtsratskandidaten und -kandidatinnen eine große Rolle spielt, denn solche Positionen werden in Österreich nicht von Headhuntern besetzt und basieren auf einem starken Vertrauensverhältnis, wie Exner-Wöhler erklärt.

Programm wird fortgesetzt

Der Frauenanteil in den Aufsichtsräten bzw. Verwaltungsräten der österreichischen börsennotierten Unternehmen ist in den letzten Jahren durchaus angestiegen. Während er im Juli 2015 lediglich 17 Prozent betrug, liegt er mittlerweile bei 29,8 Prozent. Diese Entwicklung sei grundsätzlich erfreulich, dennoch gebe es noch viel Potenzial auszuschöpfen, betonte Herlitschka. Der zweite Durchgang des Sparringprogramms ist bereits in Vorbereitung und ausgebaut.



Katharina Zeitlhofer (l.) und Karin Exner-Wöhler.



Bei der Abschlussveranstaltung des Sparringprogramms.



Sabine Herlitschka.

Knill: „Wer die Technologie beherrscht, bestimmt über die Zukunft“

Die österreichische Industrie weist bei innovativen Technologien ein enormes Wachstumspotenzial auf. Dafür braucht es dringend qualifizierte Fachkräfte.

Im allgemeinen Arbeitskräftemangel sticht ein Bereich in Österreich besonders hervor, der gerade für wichtige Zukunftsfragen relevant ist: Fachkräfte in Schlüsseltechnologien. Dazu zählen die Mikro- und Nanoelektronik, Nanotechnologie, Photonik, industrielle Biotechnologie sowie fortschrittliche Fertigungstechnologien und Materialien, die ein Wachstumsmotor der österreichischen Industrie sind. In diesen Berufsbereichen ist die Beschäftigung in den vergangenen Jahren mit 1,6 Prozent pro Jahr überdurchschnittlich gewachsen. Die dort dringend benötigten Fachkräfte brauchen spezialisiertes Wissen und Qualifikationen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). 58.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen in diesen Bereichen bis zum Jahr 2029, rechnet das Economica-Institut in einer aktuellen Studie vor.

„Unsere heimische Industrie setzt stark auf Schlüsseltechnologien und gewinnt damit an Wirtschafts- und Innovationskraft, quer über

alle Branchen. Nur wenn wir es schaffen, die besten Köpfe und Hände auszubilden, im Land zu halten und darüber hinaus ausländische Talente für Österreich zu gewinnen, werden wir die Innovationskraft absichern und an Technologiesouveränität gewinnen können. Denn wer die Technologie beherrscht, bestimmt über die Zukunft“, sagte IV-Präsident Georg Knill bei der Präsentation der Studienergebnisse.

MINT-Bildung stärken

Zunächst sollte beim heimischen Talentepool angesetzt werden. Um ihn in diesen Bereichen entsprechend zu erweitern, müsse bei der Bildung angesetzt werden, erklärte Matthias Unger von der Jungen Industrie. „Und Bildung beginnt schon bei den Kleinsten unter uns. MINT-Inhalte im elementarpädagogischen Bereich zu vermitteln ist essenziell, um früh das Interesse und die Begeisterung der Kinder für Technik zu wecken.“ Auch bei den HTLs sieht er großes Potenzial: „Gerade HTLs sind eine der Stärken im

österreichischen Bildungssystem und wichtige Bausteine für den Erfolg des Technologiestandorts Österreich“, so Unger.

„Unsere heimische Industrie setzt stark auf Schlüsseltechnologien und gewinnt damit an Wirtschafts- und Innovationskraft.“

Tatsächlich fehlen in Österreich allein aufgrund des demografischen Strukturwandels 461.000 Personen im erwerbsfähigen Alter auf Sicht der nächsten zwölf Jahre. Der

wirtschaftliche Aufschwung wird den Bedarf weiter erhöhen; hinzu kommt der Mehrbedarf in Schlüsseltechnologieberufen. „Somit ist die Arbeitskräftelücke mit mehr als einer halben Million Beschäftigten in Österreich zu beziffern. Durch den Abbau von Arbeitslosigkeit wird sich diese bei Weitem nicht schließen lassen“, so Economica-Chef Christian Helmenstein.

Die Industrie empfiehlt daher einerseits, den angekündigten „MINT-Masterplan“ auf die Zielsetzung der Bundesregierung auszurichten, die Zahl der MINT-Graduierten bis 2030 um 20 Prozent zu erhöhen. Außerdem braucht es klare Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, um die Leistungspotenziale im Land zu erhöhen: kurzfristig beispielsweise steuerliche Anreize für Überstunden und einen Wechsel von Teilzeit auf Vollzeit, zudem Entlastung für Menschen, die nach Antritt des Pensionsalters in Beschäftigung bleiben, bis hin zu Anreizen zur Mitarbeiterbindung durch Vergünstigungen im Bereich Wohnen.

WER IN ÖSTERREICH WERTPAPIERE BESITZT

Männer und Frauen



Wählergruppen

ÖVP 34 %

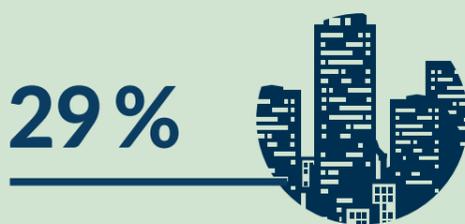
SPÖ 24 %

FPÖ 18 %

Grüne 41 %

NEOS 40 %

Land und Stadt



WELCHE WERTPAPIERE ÖSTERREICHER BESITZEN

22 % Investmentfonds/ETFs

6 % Anleihen

13 % Aktien

INVESTMENT-TU

Aktien und Co werden in Österreich immer beliebter. Mit den richtigen Anreizen sind sie eine wichtige Säule der Altersvorsorge – und ein Turbo für die grüne Transformation.

Jeder vierte Österreicher besitzt bereits Wertpapiere. Am beliebtesten sind ETFs, gefolgt von Aktien. Das ergab das aktuelle Aktienbarometer (Umfragesample 2.000, Schwankungsbreite +/-2,2%), in dem Marktforscher Peter Hajek im Auftrag von Aktienforum, IV und Wiener Börse im Jänner das Anlageverhalten in Österreich erhob. Österreich ist zwar nach wie vor eine Sparbuch-Nation, es wird aber immer stärker diversifiziert: Vor drei Jahren lag der Anteil der Wertpapierbesitzer bei einer Kapitalmarktumfrage von Hajek noch bei lediglich 14 Prozent. Und: Fast ein Viertel jener, die noch keine Wertpapiere besitzen, haben grundsätzlich Interesse an einem Investment signalisiert, und 80 Prozent der Aktienbesitzer wollen in weitere Papiere investieren.

„Wertpapiere sind in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen.“

Robert Ottel
Aktienforum

Entgegen dem Klischee

Spannend ist auch die Frage nach dem typischen Wertpapierbesitzer in Österreich. So legen 32 Prozent der Männer ihr Geld auf diese Weise an, aber auch schon fast jede fünfte Frau. Das Klischee, dass Wertpapiere nur für Menschen mit sehr hohem Einkommen interessant sind, bestätigte sich in der Befragung nicht: Rund die Hälfte der Befragten gab an, monatlich weniger als 3000 Euro netto zu verdienen. Abgefragt wurden erstmals auch die Präferenzen hinsichtlich politischer Parteien; besonders viele Aktienbesitzer finden sich demnach unter den Wählern der Grünen und der NEOS. Im Bundesländervergleich sticht mit Oberösterreich ein Bundesland mit starker Industrielandschaft und vielen börsennotierten heimischen Unternehmen hervor. „Das Aktienbarometer 2023 zeigt deutlich, dass Wertpapiere in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind – um diese positive Entwicklung weiter zu fördern, braucht es jetzt deutliche Anreize, denn mit der Altersvorsorge und der grünen Transformation gilt es, zwei große

Herausforderungen zu meistern“, sagt Robert Ottel, Präsident des Aktienforums.

Wertpapiere als Vorsorge

Österreich wird immer älter, und das wird nicht nur für den Arbeitsmarkt die zentrale Herausforderung für die kommenden Jahre. Es ist auch ein großes Problem für das umlagenfinanzierte Pensionssystem. „Während 1950 auf eine Person im Pensionsalter noch sechs Personen im erwerbsfähigen Alter kamen, so sind es heute nur noch drei Personen; 2040 werden es nur noch zwei sein“, sagte Statistik-Austria-Generaldirektor Tobias Thomas bei der Präsentation der aktuellen Zahlen Ende November. Die Rolle der privaten Altersvorsorge wird folglich immer größer. „Hier gilt es jetzt, alle Register zu ziehen, denn eine Altersvorsorge ist klarerweise immer ein Langzeitinvestment. Insbesondere bei Frauen ist private Altersvorsorge eine zentrale Säule, denn derzeit liegt die Höhe der Pensionsbezüge durchschnittlich rund 41 Prozent unter jener der Männer, was unter anderem auch der hohen Teilzeitquote geschuldet ist“, sagt IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. „Dass auch immer mehr Frauen ihr Geld in Wertpapieren anlegen, ist insofern eine sehr positive Entwicklung, die unterstützt werden sollte. Auch gesamtgesellschaftlich ist die stärkere Beteiligung der Bevölkerung am Aktienmarkt eine gute Sache, da sie eine aktive Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht und so auch das Verständnis für Unternehmertum stärkt“, so Neumayer.

Financial Literacy

Die Rezepte, die diese Entwicklung fördern würden, liegen längst auf dem Tisch. Bereits in den Vorjahren hat das Aktienbarometer deutlich gezeigt, dass Wissen der Schlüssel zu dieser Anlageform ist. Auch heuer haben 72 Prozent jener, die noch keine Wertpapiere besitzen, angegeben, zu wenig über den Markt zu wissen. „Mit der besseren Integration von Finanzbildung in die Lehrpläne der Schulen und einem breiten außerschulischen Angebot kann man hier gezielt gegensteuern, und die Ergebnisse des Barometers zeigen, wie groß der Bedarf ist“, sagt Ottel. IV und Aktienforum setzen sich bereits seit Jahren intensiv für eine Stärkung der „Financial Literacy“ ein – umgesetzt wurde bereits der Einsatz eines Finanzwissenstests der OECD im Rahmen des PISA-Tests, dessen erste Ergebnisse für 2024 erwartet werden.

Steuerliche Anreize

Gleichzeitig ist die Kapitalertragssteuer, die

URBO FÜR DIE ZUKUNFT

auf Aktiengewinne anfällt, mit derzeit 27,5 Prozent im internationalen Vergleich sehr hoch. Österreich gehört laut einer Economica-Studie aus 2022 zu einem sehr kleinen Kreis an Staaten, die Wertzuwächse ohne Ausnahmebestimmungen besteuern. „Österreich ist praktisch das einzige Land, das gar keine Anreize auf Kapitalerträge setzt. Gerade in Hinblick auf die Altersvorsorge ist das nicht mehr zeitgemäß“, sagt Ottel und pocht auf die rasche Umsetzung der von der Regierung bereits angekündigten steuerlichen Begünstigung von Wertpapiergewinnen für die Altersvorsorge. Die Idee: Werden Aktien einen bestimmten Zeitraum gehalten, entfällt bei einem Verkauf nach dieser Frist die Kapitalertragssteuer auf die Gewinne. Vergleichbare Modelle gibt es bereits in Ländern wie Frankreich, Kroatien, Luxemburg, Slowakei, Slowenien, Tschechien, den USA oder Japan. „Das würde langfristige Anlagestrategien zur finanziellen Vorsorge unterstützen, kurzfristiges spekulatives Verhalten aber weiterhin besteuern“, erklärt Ottel.

Grüner Kapitalmarkt

Das wachsende Interesse an Wertpapieren in Österreich ist nicht zuletzt auch eine gute Nachricht für große Zukunftsfragen. Die grüne Transformation und entsprechende Innovationen erfordern hohe Investitionen, die der öffentliche Sektor und der Bankensektor nicht alleine stemmen können. Der Stärkung des Eigenkapitals innovativer Unternehmen kommt daher eine entscheidende Rolle zu, und die Basis dafür ist ein selbstbewusster europäischer Kapitalmarkt mit ausreichender Liquidität. „Bei Nachhaltigkeitskriterien nimmt Europa eine Vorbildfunktion für die ganze Welt ein. Um die Industrie bei der notwendigen und teuren Transformation entsprechend zu unterstützen, ist es aber wichtig, nicht nur bereits in allen Aspekten grüne Werte zu berücksichtigen“, sagt Neumayer. Wenn es gelinge, hier in der EU einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz zu verfolgen, könne der Kapitalmarkt in Europa entscheidend zur Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit des Standorts beitragen.



„Aktien schlagen langfristig alle anderen Anlageformen“

Christoph Boschan ist CEO der Wiener Börse und analysiert im Interview die Ergebnisse des Aktienbarometers 2023.

Die Österreicher haben rund 40 Prozent ihres Vermögens auf Sparbüchern und Girokonten, wo es aufgrund der Inflation schmilzt. Rechnen Sie durch das Steigen der Sparzinsen mit einer Kehrtwende – zahlt sich Sparen wieder aus?

Christoph Boschan: Auch wenn das Sparbuch in Österreich derzeit noch die überwiegende Anlageform ist, so besitzen immerhin inzwischen 25 Prozent der Bevölkerung Wertpapiere – ein zunehmender Trend. Und die Bevölkerung liegt damit richtig, denn rein nach Rendite schlagen Aktien langfristig alle anderen Anlageformen. Man muss dafür aber kurzfristige Schwankungen aushalten. Aktien liegen im langfristigen Vergleich vor allen anderen Anlageformen wie dem Sparbuch, Immobilien, Lebensversicherungen, Gold und vielen mehr. Der Schlüssel zur weiteren Aktivierung von privatem Kapital ist oftmals Wissen, und hier sollte weiter zur Stärkung angesetzt werden.

Die Hajek-Erhebung zeigt, dass Österreich aufholt. In den USA ist Wertpapierbesitz bereits breit etabliert – jeder Zweite besitzt dort Wertpapiere. Was sind die historischen Gründe für diesen Unterschied?

Das Aktienbarometer 2023 zeigt tatsächlich eine Verbesserung der Investmentkultur hierzulande. Historisch betrachtet können in den USA mehrere Generationen auf enorme Anlageerfolge zurückblicken, und dies beeinflusst natürlich die Einstellung der Nachkommen zu diesem Thema. Das breite Sozialsystem hierzulande und die Unterschiede in der Altersvorsorge sorgen ebenfalls für unterschiedliche Notwendigkeit, am Kapitalmarkt

aktiv zu werden. Zunehmend wird aber auch bei uns erkannt, dass ein selbstbewusstes Engagement am Kapitalmarkt lohnend ist.

Was sind die positivsten Effekte in Ländern mit sehr starken Kapitalmärkten und wo steht Österreich im internationalen Vergleich?

Länder mit starken Kapitalmärkten haben größeres und schnelleres Wachstum sowie einen stärkeren Hebel in Bezug auf die notwendige Transformation in die Wirtschaft der Zukunft. Für alle gesellschaftlichen Megathemen und Herausforderungen wie Innovation, alternde Gesellschaft, Klimawandel braucht es diesen Kapitalmarkt. Um den Hebel besser zu nutzen, muss der Kapitalmarkt aber entwickelt sein respektive werden. Österreich hat hier im internationalen Vergleich noch Potenzial.

In Österreich gibt es viele Unternehmen, die in ihrem Bereich bereits Weltmarktführer sind. Wie kann man diese an die Börse bringen?

Kein anderes Finanzierungsinstrument bietet Unternehmern so viel Kapital, Sichtbarkeit und sinnvolle Ordnung wie ein Börsengang. Neben der Stärkung der Eigenkapitalbasis und der Erhöhung der finanziellen Flexibilität werden die Unternehmen bekannter und zum Beispiel als Arbeitgeber und Lieferant attraktiver. Vorteile wie Wachstum, Innovation sowie Wettbewerbsfähigkeit sollten von den Unternehmen erkannt und die Chancen auch genutzt werden. Es gibt in Österreich eine



Reihe an spannenden Kandidaten. Für das erfolgreiche Debüt an der Börse sind das richtige Marktumfeld und Zeitfenster sowie gute Vorbereitung entscheidend.

Welche politischen Maßnahmen würden den österreichischen Kapitalmarkt aus Ihrer Sicht weiterbringen?

Der Kapitalmarkt bietet wie bereits erwähnt Lösungen für viele gesellschaftliche Herausforderungen. Privates Kapital ist in Form von Spareinlagen in Milliardenhöhe vorhanden und stellt eine gute Grundlage für die Entwicklung einer starken Aktionärsbasis dar. Um das Kapital aber zu aktivieren, braucht es Anreize. Die Wiedereinführung einer Behaltfrist sowie der Ausbau der zweiten und dritten Säule der Pensionsvorsorge sind dabei wichtige Maßnahmen. Für börsennotierte Unternehmen ist außerdem eine stringente Orientierung an internationalen Standards in der Gesetzgebung relevant. Nicht zuletzt sind die Staatsbeteiligungen an der Börse ein Vorbild für die Schaffung von Wohlstand durch private Beteiligung. Die börsliche Dreifaltigkeit Kapital, Sichtbarkeit und Ordnung ist ein wahrer Heilsbringer.

IV-Initiativen für ukrainische Jugendliche in Österreich

Die IV unterstützt vom Krieg vertriebene High Potentials bei ihrem MINT-Studium und zeigt die Chancen auf, die eine Lehre in Österreich bietet.

Ein Jahr nach Ausbruch des Kriegs intensiviert die Industriellenvereinigung ihr Engagement für die ukrainische Community. Nach der erfolgreichen Spendenaktion „Unsere Industrie hilft“ unterstützt der IV-Bereich Bildung und Gesellschaft nun junge Ukrainerinnen und Ukrainer dabei, ihren Einstieg ins österreichische Bildungswesen erfolgreich und nachhaltig zu bewältigen.

IV-MINT-Stipendium für High Potentials aus der Ukraine

Ziel dieses IV-Stipendiums ist es, vom Krieg vertriebene High Potentials bei ihrem MINT-Studium (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) an einer österreichischen Hochschule zu unterstützen. Zur Bewerbung eingeladen waren ordentliche Bachelor- oder Masterstudierende sowie außerordentliche Studierende, die sich im Rahmen eines Vorstudienlehrgangs auf ein MINT-Studium vorbereiten und bereits exzellente Ergebnisse bei Wissenschaftswettbewerben in der Ukraine erzielt haben.

Verliehen wurde das mit jeweils 5.500 Euro dotierte Stipendium am 6. März im Rahmen

einer festlichen Verleihungsveranstaltung im Haus der Industrie. Neben den Festgästen – u.a. Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in Österreich, und Doris Wagner, Sektionschefin im Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung (BMBWF) – und begleitet von der ukrainischen Violinistin Vira Zhuk freuten sich drei junge Nachwuchstalente über diese Anerkennung: Pavlo Slyvka, Studierender des Zweigs Mechatronik, Design und Innovation am Management Center Innsbruck, sowie Yelyzaveta Chernova und Yurii Chubenko, die sich beide an der TU Graz im Rahmen eines Vorstudienlehrgangs auf die Bachelorstudien Software Engineering and Management bzw. Information and Computer Engineering vorbereiten.

Informationsinitiative zu den Ausbildungsmöglichkeiten in der Industrie

Einige Stunden davor hatten bereits vier Wiener Mitgliedsunternehmen (A1, ÖBB, Siemens und die Wiener Stadtwerke) über 160 ukrainischen Jugendlichen im Alter von 15 bis 17 Jahren ihre Ausbildungsangebote und die damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten vorgestellt. Diese von IV und IV-Wien initiierte kleine „Berufsmesse“ fand



im Rahmen der von der Bildungsdirektion Wien etablierten und vom BMBWF ermöglichten „Übergangslerngänge“ statt. Gerade die duale Lehrausbildung ist in vielen osteuropäischen Staaten kaum bekannt; umso mehr ist es Anliegen der Industrie, die mit ihr verbundenen Chancen und Vorteile einer Ausbildung und Karriere in der Industrie in den Vordergrund zu rücken. Viele

ukrainische Jugendliche können auf eine solide Grundbildung und mitunter fundierte Deutschkenntnisse verweisen.

Unter Anwesenheit von Bildungsdirektor Heinrich Himmer, dem Bildungskordinator des Bundes Daniel Landau und Sektionschefin Wagner konnten sich die Jugendlichen direkt (oder mit Übersetzung des anwesenden Lehrpersonals) mit den Vertreterinnen und Vertretern der Unternehmen austauschen. Für die Eltern wurde Informationsmaterial in ukrainischer Sprache inklusive Kontaktmöglichkeiten zu den Unternehmen vorbereitet. Ähnliche Veranstaltungen fanden und finden als Kooperation zwischen Bundes-IV und IV-Landesgruppen in vier weiteren Bundesländern statt.

Im Bild:

Vorne, v.l.n.r.: Gudrun Feucht, stellv. Bereichsleiterin Bildung und Gesellschaft, IV, Doris Wagner, Sektionschefin BMBWF, Vasyl Khymynets, Botschafter der Ukraine in der Republik Österreich, Peter Koren, Vize-Generalsekretär der IV, Ilga Johler, Trainee Bildung und Gesellschaft, IV.

Hinten, v.l.n.r.: Yurii Budnychenko, Erster Botschaftssekretär, Wolfgang Haidinger, Bereich Forschung, Technologie und Innovation, IV, Yurii Chubenko, Stipendiat, Pavlo Slyvka, Stipendiat, Michael Eichmair, Universität Wien.



AKTUELLES IN KÜRZE

BM Polaschek zu Gast im IV-Bildungsausschuss

Bildungsminister Polaschek stellte die aktuellen Herausforderungen und Arbeitsschwerpunkte des Bildungsressorts vor und spannte den thematischen Bogen von der Elementarbildung über „Bildungspflicht & Mittlere Reife“ bis hin zum Lehrermangel und den neuen Lehrplänen inklusive des neuen Unterrichtsfachs „Digitale Grundbildung“. Prof. Norbert Pachler, Professor of Education, University College London, präsentierte ergänzend dazu Maßnahmen gegen den Lehrermangel aus dem Vereinigten Königreich.

Im Bild: Martin Polaschek, Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung; Christine Schwarz-Fuchs, Vorsitzende des IV-Ausschusses für Bildungspolitik.



Quereinstieg in Bildungseinrichtungen

Die ersten vier Monate der Kampagne „Klasse Job“ widmete das Bildungsministerium potenziellen Quereinsteigern und Quereinsteigerinnen. Nach abgeschlossenem Bachelorstudium und dreijähriger Arbeitserfahrung kann man sich online bewerben. Falls man die Voraussetzungen erfüllt, ist ein dreistufiges Zertifizierungsverfahren zu durchlaufen. Ist dieses abgeschlossen, steht einer Bewerbung an einer AHS, MS oder BMHS und einem Einstieg in das normale Lehrergehaltsschema nichts entgegen. Die pädagogische Ausbildung erfolgt durch ein berufsbegleitendes Studium.

Bereits 1000 Personen sind dem Aufruf gefolgt und durchlaufen gerade das Zertifizierungsverfahren. Die ersten 300 bis 400 davon könnten im September schon in den Klassenzimmern stehen.

Durch ihre erworbene Praxis aus anderen Berufsfeldern bringen die Quereinsteiger und Quereinsteigerinnen Lebenserfahrung mit, die der gesamten Schule zugutekommt. Sichtweisen aus der Berufswelt lassen den Unterricht praxisnäher werden.

Die berufsbegleitende Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen muss nun ebenso zeitgemäß gestaltet werden. Lehrveranstaltungen für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger sollten vorwiegend in der unterrichtsfreien Zeit angeboten werden, um die Doppelbelastung während des Schuljahrs bzw. Überschneidungen mit Unterrichtszeiten zu vermeiden. Außerdem muss die Ausbildung flexibel genug sein, um praktische Erfahrungen aus dem Schulalltag mit der Theorie über Pädagogik und Didaktik zu reflektieren.

Julia Aichhorn neue Bundesvorsitzende

Wechsel an der Spitze bei der Jungen Industrie: Julia Aichhorn folgt Matthias Unger, der nach drei Jahren den Vorsitz altersbedingt übergibt.



Ende Februar wurde Julia Aichhorn bei der JI-Bundesvorstandsklausur einstimmig zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Die 36-jährige Geschäftsführerin der Dr. Aichhorn GmbH sowie der GIG Karasek GmbH ist seit über vier Jahren Vorsitzende der JI-Steiermark, wo sie insbesondere das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereits erfolgreich vorantreiben konnte. Dieses Amt wird sie mit Dominik Santner als Co-Vorsitzendem auch weiter ausüben.

„Beim Thema Kinderbetreuung sind wir in Österreich noch weit vom Ziel entfernt. Gerade Frauen sind mitunter aufgrund der

mangelnden Betreuungsangebote überdurchschnittlich oft gezwungen, in Teilzeit zu arbeiten. Das muss sich in Zeiten des Arbeitskräftemangels unbedingt ändern“, so Aichhorn in ihrem Antrittsstatement.

Die JI heißt Julia als neue Bundesvorsitzende herzlich willkommen! Wir freuen uns sehr auf die Zusammenarbeit. Dem bisherigen Vorsitzenden Matthias Unger danken wir vielmals für seinen unermüdlichen Einsatz als Vorsitzender der Organisation! Bis zum Ende der Funktionsperiode wird Matthias Unger gemeinsam mit Katharina Rhomberg-Shebl die Stellvertretung der Bundesvorsitzenden verantworten.



Abschied vom Vorsitz der Jungen Industrie

Nach über drei intensiven Jahren darf ich das Amt des Bundesvorsitzenden weitergeben.

Auch für den Vorsitzenden macht die Junge Industrie keine Ausnahme: Mit 40 heißt es Abschied nehmen.

Etwas mehr als drei Jahre durfte ich an der Spitze der Organisation stehen. Meine tagespolitische Agenda musste ich relativ schnell nach meinem Amtsantritt ad acta legen – wir befanden uns in einer Pandemie und direkt danach im Wirkungsbereich eines Kriegs, was uns in diesen rund drei Jahren (und darüber hinaus) intensiv beschäftigen sollte. Anstatt wichtige Reformen anzugehen, befand sich die Republik (mitunter verständlicherweise) im Krisenmodus.

Nichtsdestotrotz hat die Junge Industrie immer optimistisch nach vorne geblickt und trotz aller außertourlichen Ereignisse versucht, die Politik daran zu erinnern, auch Themen abseits der Krisen nicht aus den Augen zu verlieren.

So etwa beim Thema Generationengerechtigkeit bzw. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Was im Moment unter dem Titel „Vollzeit / Teilzeit“ debattiert wird, predigen wir schon seit einiger Zeit. Während es für die Junge Generation immer schwieriger wird, sich etwas aufzubauen, schüttet der Staat jährlich über ein Viertel seines Budgets für Pensionisten aus. Gleichzeitig sind Frauen hierzulande aufgrund des mangelnden Kinderbetreuungsangebots oftmals in der Teilzeitfalle.

Arbeiten muss für Leistungsträger attraktiver und fallweise ermöglicht werden! Und dabei sollten wir unbedingt auf Anreize statt auf Verbote setzen. Ein Fallen der Zuverdienstgrenzen in der Pension, steuerfreie Überstunden oder der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen würden hier beispielsweise wesentlich zu Lösungen beitragen.

Mit diesem Appell möchte ich mich für das Vertrauen, dass ich von den Mitgliedern der Jungen Industrie in den letzten drei Jahren genießen durfte, bedanken und wünsche meiner Nachfolgerin Julia Aichhorn viel Erfolg für das spannende Amt!

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

Bundesvorstand zu Gast in Wien

Ende Februar kam der JI-Bundesvorstand in Wien zur jährlich stattfindenden Klausur zusammen.

Zwei Tage lang beschäftigten sich die Spitzenfunktionäre der Jungen Industrie im Rahmen eines begleiteten Strategieworkshops mit aktuellen und zukünftigen politischen sowie innerorganisatorischen Themen. Bei dem co-kreativen Workshop befasste sich der Bundesvorstand im World-Café-Format, bei einer Ideengalerie und einer Prototyping-Session mit der Frage: „Was will sich die JI heute und morgen vornehmen und wie geht man das an?“ Nach intensiven Diskussionen wurden schließlich gemeinsam neue Kernthemen festgelegt, mit denen sich sowohl die Bundesorganisation als auch die JI-Landesgruppen in den nächsten Monaten und Jahren inhaltlich beschäftigen sollen. Zudem hat man sich auf mehr Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Veranstaltungen zwischen den einzelnen Bundesländern und dem Bund geeinigt.



V. l. n. r.: Anna Hiltl (JI-Vorarlberg-Vorsitzende), Steven Blaha (JI-NÖ/Bgld-Vorsitzender) und Matthias Unger (ehem JI-Bundesvorsitzender) beim Erstellen von Prototypen zur Visualisierung der Ideen.



Der Strategieworkshop im Haus der Industrie.



Diskutieren in der Kleingruppe.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Bernhard Paratschek. Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Sarah D'Agostino

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300. Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV-Burgenland/ Landesmedienservice, IV-Kärnten, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ/Raiffeisen Landesbank OÖ, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Science Garden, IV-Tirol/Schreier, IV-Vorarlberg, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Realismus, Technologie und Markt

Wie die grüne Transformation gelingen kann, diskutierten AMAG-CEO Gerald Mayer, Leonhard Schitter, Vorstandsvorsitzender der Energie AG, und IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Industrie im Dialog“.

Eine Voraussetzung für das Gelingen der grünen Transformation hat sich laut IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch nach einem Jahr der Energiekrise bei einem Großteil der Bevölkerung eingestellt: das Bewusstsein dafür, wie komplex die Energieversorgung für unser Land ist. Dennoch sei die Diskrepanz zwischen Wahrnehmung und Wahrheit in der österreichischen Energie- und Klimapolitik weiterhin enorm. Mit Populismus sei die Mammutaufgabe der grünen Transformation aber nicht zu schaffen, sondern nur mit Realismus, Technologie und marktwirtschaftlichen Prinzipien. Global gesehen würden schließlich erst 15 Prozent des Primärenergiebedarfs mit erneuerbaren Energieträgern abgedeckt, die EU liegt bei 18 Prozent; Österreich kommt dank ausgebauter Wasserkraft immerhin auf 34 Prozent. Fossile Energieträger decken aktuell noch rund 80 Prozent des weltweiten Energiebedarfs ab, die restlichen fünf Prozent entfallen auf Atom-

energie. Angesichts der anhaltenden globalen Dominanz fossiler Energieträger betont Haindl-Grutsch die Bedeutung eines effizienten Ressourceneinsatzes für das Gelingen der grünen Transformation: „Jede Tonne Beton, Stahl oder seltene Erden kann nur einmal verwendet werden. Man muss sie vorrangig dort einsetzen, wo sie den größten Effekt haben.“

Planungssicherheit notwendig

AMAG-CEO Gerald Mayer betonte, dass Wasserstoff nicht nur als Speichermedium eine zentrale Rolle spielen, sondern auch in einer Reihe industrieller Prozesse fossile Energieträger ersetzen werde. Die dafür nötigen Transformationsprozesse hätten gewaltige Investitionen zur Folge, am AMAG-Standort in Ranshofen z.B. einen höheren dreistelligen Millionenbetrag. „Unternehmen können solche Investitionsentscheidungen nur dann treffen, wenn Planungssicherheit herrscht“, stellte Mayer klar. Das beinhalte v.a. Signale, dass die benötigten Mengen an

Strom und Wasserstoff sowie die dafür erforderliche Transportinfrastruktur verfügbar sein werden. Zudem brauche es geeignete Förderinstrumente, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Einer der wichtigsten Schritte sei, den European Green Deal mit dem Ziel der Steigerung der Kreislaufwirtschaft und anderen gesetzlichen Rahmenbedingungen wie dem Abfallwirtschaftsgesetz zu synchronisieren. Weiters müssten die EU und Österreich die Wettbewerbsfähigkeit im globalen Kontext sicherstellen, da die Dekarbonisierungsambitionen in den einzelnen Weltregionen sehr unterschiedlich seien: Österreich will schon 2040 klimaneutral sein, die EU 2050, China erst 2060. „Es nützt weder der Umwelt noch dem Wirtschaftsstandort, wenn Europa zwar seine Klimaziele erreicht, dadurch aber seine Industrie verliert“, betonte Haindl-Grutsch. Österreich sei seit Jahren führend in der Nutzung erneuerbarer Energien und effizienter Fertigungsprozesse, die letzten

Prozente seien aber immer die schwierigsten und teuersten. Jetzt dürfe man deshalb nicht den Fehler machen, sich selbst aus dem internationalen Wettbewerb zu nehmen. Als Beispiel nannte er das CO₂-Grenzausgleichssystem CBAM: Dieses würde nachhaltig produzierende Betriebe zwar innerhalb des Binnenmarkts schützen, auf Drittmärkten blieben die Kostennachteile aber bestehen.

Grüner Wasserstoff unverzichtbar

Für Leonhard Schitter, Vorstandsvorsitzender der Energie AG, steht fest, dass eine erfolgreiche Energiewende nur dann möglich ist, wenn alle bereits verfügbaren Technologien, ob marktreif oder im Entwicklungsstadium, vollständig ausgeschöpft werden – denn auch als Europameister im Bereich erneuerbarer Stromerzeugung stehe Österreich immer noch vor einer Herkulesaufgabe: Um wie von der Bundesregierung geplant bis 2030 Strom zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energieträgern zu produzieren, benötige man zusätzliche Kapazitäten von 27 TWh, was ca. dem Jahresverbrauch Dänemarks entspricht. „In konkreten Maßnahmen ausgedrückt heißt das: alle drei Minuten eine Solaranlage auf ein Dach und alle zwei Jahre ein Wasserkraftwerk in der Größe von Freudenu“, präzisiert Schitter. Zudem reiche es nicht aus, nur die Energiewende in der Elektrizität zu vollziehen, es brauche genauso eine Wärmewende und eine Wende in der Mobilität. Die damit einhergehende Elektrifizierung ganzer Sektoren führe bis 2040 zu einer Steigerung des Gesamtstromverbrauchs in Österreich auf rund 140 TWh (im Jahr 2021 waren es rund 72 TWh). Für diese Menge an Strom brauche es nicht nur den raschen Ausbau von Netzen und erneuerbarer Erzeugung, sondern auch saisonale Speichersysteme. Unverzichtbar als Speichermedium sei jedenfalls grüner Wasserstoff – die dafür nötigen Mengen könne Österreich jedoch nicht selbst produzieren, man sei deshalb auch in der Zukunft auf Energieimporte angewiesen.



„Die Verfügbarkeit von grünem Strom und Wasserstoff sowie der Transportkapazitäten ist Voraussetzung für die grüne Transformation.“

Gerald Mayer,
 CEO AMAG

Kreislaufwirtschaft schützt vor Rohstofflücke

Zu diesem Schluss kamen die Teilnehmer in der jüngsten Ausgabe von Talk@Raiffeisen, als es um die Frage ging: Kann die Kreislaufwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur grünen Transformation unserer Gesellschaft leisten?

Als Keynote-Speakerin der von Raiffeisenlandesbank OÖ und IV-OÖ gemeinsam durchgeführten Veranstaltungsreihe wurde diesmal Marlene Johler, Founder und CEO von MindX und Advisor des Circular Economy Forum Austria, gewonnen. Für sie ist eine funktionierende Kreislaufwirtschaft nicht nur eine unternehmerische Chance, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit, denn im Jahr 2050 werde die weltweite Nachfrage nach begrenzten Ressourcen wie Biomasse, fossilen Energieträgern und Metallen das Angebot um rund 40 Mrd. Tonnen übersteigen. Diese Ressourcenlücke könne nur mit einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft geschlossen werden. Recycling spiele hier zwar eine wichtige Rolle, sei aber nur eine von vielen nötigen Maßnahmen. Erst wenn Produkte nicht mehr repariert, für andere Zwecke eingesetzt oder aufgearbeitet („Remanufacturing“) werden können, solle man sie recyceln. Das Um und Auf einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft sei aber nachhaltiges Produktdesign: Rund 80 Prozent des Abfalls, der während der Herstellung eines Produkts entsteht, könnten durch nachhaltiges Design vermieden werden. Der Umstieg auf zirkuläres Wirtschaften müsse aber ganzheitlich erfolgen und sei deshalb immer ein langfristiger und komplexer Prozess.

Kunststoff unverzichtbar

Diesen Umstand hat man auch bei Greiner erkannt und entsprechend früh reagiert. Schon 2015 hat das Unternehmen laut CEO Axel Kühner eine Nachhaltigkeitsstrategie aufgesetzt und darin die Zirkularität des eigenen Geschäftsmodells als eines von drei strategischen Zielen definiert. Mittlerweile komme der Druck zu mehr Nachhaltigkeit für die Betriebe von allen Seiten: Bewerber, Belegschaft und Kunden verlangen von den Unternehmen klare Nachhaltigkeitsziele und Pläne, wie diese zu erreichen sind. Für Kühner ist das jedoch eine positive Entwicklung: „Man muss sich mehr anstrengen, und das schafft Raum für Innovationen.“ Kunststoff als Werkstoff wird laut Kühner in der Öffentlichkeit zu einseitig betrachtet, obwohl grundsätzlich nicht das Material an sich das Problematische sei, sondern wie man damit umgeht. Hier kommt wieder die Kreislaufwirtschaft ins Spiel: Der Grund, dass sich Plastikmüll oft auch in der Natur oder den Weltmeeren findet, liegt nicht am Material, sondern an mangelnder Infrastruktur in den Bereichen Abfall- und Recyclingwirtschaft. Weltweit recycle man aktuell rund 25 Prozent aller Ressourcen, im Bereich Kunststoff seien es knapp zehn Prozent. In der Nutzung ist Kunststoff laut Kühner allerdings unverzichtbar, um nationale und globale Klimaziele zu erreichen: Würde man Plastikverpackungen etwa durch andere

Materialien ersetzen, wären die von Verpackungen verursachten CO₂-Emissionen um ca. 200 Prozent höher. Neben dem Recycling von Rohstoffen gibt es allerdings noch weitere Ansätze zum Etablieren zirkulärer Geschäftsmodelle in Unternehmen. Als Beispiel nannte Marlene Johler „Product as a Service“: Anstatt Produkte oder Maschinen zu verkaufen, vermarktet man die Leistung, die ein Produkt erbringen soll. Die Finanzierung solcher Geschäftsmodelle muss sich laut Michaela Keplinger-Mitterlehner, Generaldirektor-Stellvertreterin der Raiffeisenlandesbank OÖ, auch an die neuen Rahmenbedingungen anpassen. So habe die RLB bereits „Pay per Use“-Modelle eingeführt, die auf die Anforderungen von „Product as a Service“-Modellen zugeschnitten seien. Dabei handle es sich um Leasingmodelle, deren Zahlungen sich an der Nutzungsintensität orientieren.

Wertschöpfung im Land

Im Bereich der grünen Transformation werde in den kommenden Jahren global rund eine Billion Dollar an Fördermitteln zur Verfügung stehen; diese Chance gelte es zu nutzen. Den Fördermitteln steht allerdings auch gewaltiger Investitionsbedarf gegenüber: Laut Axel Kühner müssten weltweit zumindest zwei Billionen Dollar investiert werden, um den Recyclinganteil bei Werkstoffen von heute rund 25 Prozent auf 80 bis 90 Prozent anzuheben. 500 Mrd. davon entfielen auf Investitionen im Bereich Produktdesign, der Rest auf das eigentliche Recycling. Eine realistische Herangehensweise an die grüne Transformation müsse beide Aspekte berücksichtigen: den Nutzen von Maßnahmen sowie die damit verbundenen Kosten. Genau das vermisst Kühner allerdings oft in der Politik: Solange Politik betrieben werde, die Ziele setzt, ohne zu sagen, was deren Erreichen kostet, sei das Greenwashing, so der Greiner-CEO. Dabei sei Österreich ein hervorragendes Pflaster, um nicht nur eine Kreislaufwirtschaft zu etablieren, sondern auch davon zu profitieren. Man habe die gesamte Wertschöpfungskette im eigenen Land – jetzt brauche es das volle Commitment der Politik.



Internationale Schule

Der angekündigte Ausbau des internationalen Bildungsangebots in Oberösterreich ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur „Spitzenregion OÖ 2030“.

Die oberösterreichische Industrie und ihre industrienahen Dienstleister sind weltweit aktiv und spannen ein globales Netzwerk an Niederlassungen auf. Oberösterreich verfügt über eine Vielzahl an Headquarters. Daraus folgt nicht nur ein konstanter Fluss an Informationen und Waren, sondern auch an Personal – österreichische Experten übernehmen Aufgaben in internationalen Niederlassungen und internationale Fachkräfte, die sich bei ausländischen Tochtergesellschaften bewährt haben, übernehmen Aufgaben in den Zentralen. Das kann aber nur funktionieren, wenn auch die Rahmenbedingungen am Standort an die Bedürfnisse einer internationalen Belegschaft angepasst sind. Die Sicherstellung einer internationalen Ausbildung, vom Kindergarten über die Volksschule bis hin zur internationalen Matura, zählt zu den zentralen Kriterien, nach denen internationale Fachkräfte potenzielle Wohn- und Arbeitsorte bewerten.

Vor diesem Hintergrund ist die Ankündigung von Landeshauptmann Thomas Stelzer zum Ausbau des internationalen Bildungsangebots in Oberösterreich ein wichtiger Schritt für die Fortsetzung des Erfolgswegs des Industriestandorts Oberösterreich auf dem Weg zur europäischen Spitzenregion 2030. Die geplanten Maßnahmen beinhalten den Ausbau englischsprachiger Angebote und international anerkannter Standards auf allen Bildungsebenen, vom Kindergarten bis zur Matura. Die Hoffnung ist groß, dass viele Volks- und Mittelschulen das Angebot des Landes aufgreifen und neue englischsprachige Angebote entwickeln.

Besonders positiv ist, dass mit dem angekündigten Ausbau des Bundesgymnasiums Ried im Innkreis zur internationalen Schule nach dem Vorbild der Linz International School Auhof (LISA) sowie der Volksschule 1 zur internationalen Volksschule ein wichtiger Schritt für das Innviertel, das Österreichs stärkste industrielle Wachstumsregion ist, erfolgt. Die Dichte an internationalen Leitbetrieben ist im Innviertel besonders hoch.

Ihr Stefan Pierer, Präsident der IV-Oberösterreich



„Solange wir Politik betreiben, die Ziele setzt, ohne zu sagen, was deren Erreichen kostet, ist das Greenwashing.“

Axel Kühner, CEO Greiner AG



Axel Kühner (digital zugeschaltet), Michaela Keplinger-Mitterlehner (l.), Marlene Johler (r.) und Moderatorin Birgit Brunsteiner diskutieren über die Chancen der Kreislaufwirtschaft.

Der Staat kann nicht alle Krisen kompensieren

Im Haus der Industrie diskutierte eine hochkarätige Runde mit Finanzminister Magnus Brunner über Staatsschulden, überzogenes Anspruchsdenken seit der Coronapandemie und Anreize zur Bewältigung des Arbeitskräftemangels.

In seiner Begrüßung sprach IV-OÖ-Präsident Stefan Pierer von einer mittlerweile realistisch-optimistischen Einschätzung der Wirtschaftslage seitens Oberösterreichs Industrie. Man habe sich an die schwierigen Rahmenbedingungen angepasst; für die kommenden Monate erwartet Pierer eine anhaltend hohe Inflation, unter anderem getrieben von Sekundäreffekten durch Lohnerhöhungen im Dienstleistungsbereich. Die Energiepreise hätten sich zwar normalisiert, allerdings auf einem Level, das gegenüber anderen Weltregionen einen strategischen Nachteil darstelle. Das größte Problem bleibe allerdings der anhaltende Arbeitskräftemangel. Auch Finanzminister Magnus Brunner schätzte die wirtschaftliche Lage wieder optimistisch ein, nicht aber die Budgetsituation: Die Krisen der vergangenen Monate und Jahre hätten zu einem deutlichen Anstieg der Ausgaben geführt, pro Kopf sei Österreich in der EU hinter Luxemburg der Staat mit den höchsten Unterstützungsmaßnahmen. Was die Ausgestaltung der Hilfen betrifft, hat man laut Brunner zwar nicht alles, aber vieles richtig gemacht. Immerhin sei man mit einem Wirtschaftswachstum von 4,8 Prozent extrem gut aus der Coronakrise gestartet, die Hilfen hatten daran Anteil. Der deutsche „Doppelwumms“ habe Österreich unter Druck gesetzt, weil heimische Industriebetriebe ansonsten gegenüber deutschen Mitbewerbern benachteiligt gewesen wären. Treffsichere und strukturelle Maßnahmen, wie etwa die Senkung der Energieabgaben um 90 Prozent oder das Abschaffen der kalten Progression, hielt Brunner für das bessere Vorgehen, auch wenn diese Maßnahmen im aktuellen Umfeld nicht die Aufmerksamkeit erhalten hätten, die sie verdienen.

Ausgeglichenes Budget als Ziel

Insgesamt habe sich jedoch im Verlauf der letzten Krisen eine Anspruchshaltung auf Unterstützung entwickelt, die der Staat nicht aufrechterhalten könne. Der Staat könne nicht 100 Prozent aller Krisen kompensieren, sondern müsse wieder auf ausgeglichene Budgetpfade zurückkehren. Das muss laut Brunner sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene geschehen. Nur so könne man gewährleisten, dass man auf Bundes- und EU-Ebene handlungsfähig bleibe. Das gelte insbesondere für strategisch bedeutende Bereiche wie die grüne Transformation der Industrie. Diese Themen

gelte es jetzt anzugehen und entsprechende Rahmenbedingungen zu setzen; das dürfe aber nicht an der Lebensrealität der Menschen und Unternehmen vorbeigehen, der Umweltschutz solle nicht über alle anderen Staatsziele verfassungsmäßig priorisiert werden. Zudem komme das Thema Innovation in diesem Zusammenhang oft noch zu kurz, man müsse aber alle technologischen Möglichkeiten ausschöpfen – als Beispiel nannte Brunner das bis heute bestehende Verbot von Carbon Capture & Storage (CCS) in Österreich. Zur Bewältigung der Transformation brauche es zudem jeden einzelnen Menschen im Arbeitsleben, der verfügbar ist.

Das Schaffen der richtigen Rahmenbedingungen dafür sei allerdings ein Thema, das keine Fehler erlaube, auch weil eine große Pensionsreform laut Brunner in nächster Zeit nicht umsetzbar sei. Es brauche vor allem Anreize für den Verbleib im Erwerbsleben, es müsse aber auch der Zuverdienst zur Eigenpension attraktiver werden, genauso wie das Leisten von Überstunden und der Umstieg von Teilzeit- auf Vollzeitarbeit. All das werde bereits in der von der Regierung eingesetzten Arbeitsgruppe zur Mehrbeschäftigung bearbeitet. Man sei zuversichtlich, dass die Reformgruppe zu einer Einigung komme, betonte Brunner.



Von links nach rechts: IV-OÖ-Präsident Stefan Pierer, Finanzminister Magnus Brunner und IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch.

Ende der Krise oder Krise ohne Ende?

Im Rahmen der langjährigen Zusammenarbeit mit der IV-OÖ gab Prof. Teodoro Cocca einen Wirtschafts- und Finanzmarktausblick für das Jahr 2023 ab.

Global erwartet Prof. Cocca für das laufende Jahr ein Wachstum von 2,7 Prozent, wobei ein Wachstum unter drei Prozent ein starkes Abbremsen der Konjunktur signalisiere. Die Entschleunigung des Wirtschaftswachstums sei allerdings ungleich verteilt: Während Cocca trotz eines schwächelnden chinesischen Markts für Asien knapp fünf Prozent Wachstum prognostiziert, seien es vor allem die Märkte in den USA (+1%) und die Eurozone (+0,5%), die stark abbremsen.

Für Oberösterreich sieht Cocca genauso eine Entwicklung nahe der Nulllinie, auch hier bieten die neuesten Daten aber Grund für Optimismus, vor allem für die zweite Jahreshälfte 2023. Es gebe aber auch Faktoren, die sich wachstumshemmend auf Oberösterreichs Industrie auswirken könnten: Einer davon sei der Zugang zu Energie zu global wettbewerbsfähigen Preisen, den zweiten großen hemmenden

Faktor für das Wachstum von Oberösterreichs Industrie stellen die demografische Entwicklung und der damit einhergehende Arbeitskräftemangel dar. Gerade wertschöpfungsintensive Wirtschaftszweige und Regionen wie Oberösterreich seien von dieser Entwicklung besonders betroffen und so der Gefahr ausgesetzt, nicht nur kurzfristig Aufträge, sondern langfristig Marktanteile zu verlieren. Daher braucht es laut IV-OÖ-Präsident Stefan Pierer zusätzliche Anreize für Mehrleistung. Zu glauben, dass wir unseren Wohlstand mit weniger Leistung erhalten können, sei ein Trugschluss. Eine weitere Fehleinschätzung sei auch die Annahme, dass junge Arbeitskräfte generell nicht leistungswillig sind; es gebe in allen Altersstufen viele Leistungswillige, die Rahmenbedingungen würden jedoch dazu führen, dass sich ein Großteil davon anstelle von Vollzeitarbeit oder Überstunden für die Freizeit entscheide. Allgemein darf die starke Entwicklung des Standorts Oberösterreich in den vergangenen Jahren laut Cocca nicht als

Garantie für die Zukunft gesehen werden. Es gelte, die großen Transformationsprozesse für den Wirtschaftsstandort erfolgreich zu bewältigen. In diesem Zusammenhang betonte er auch die Bedeutung eines ausgeglichenen Haushalts für die Landespolitik. Aktuell ist laut Cocca nicht die Geldpolitik für das Einbremsen der Inflation verantwortlich, sondern der nachlassende Preisdruck an den Rohstoff- und Energiemärkten. Die Notenbanken hätten hingegen mit der expansiven Geldpolitik der letzten Jahre die hohen Inflationsraten von heute mitverursacht. Die im vergangenen Jahr einsetzenden Zinserhöhungen sollten bereits Ende dieses Jahres ihren Höhepunkt erreicht haben. Am Markt erwarte man einen Höchstwert von maximal fünf Prozent beim US-Leitzins, der Höhepunkt in der Eurozone werde voraussichtlich schon im Sommer bei rund drei Prozent erreicht. Über alle Indikatoren hinweg, von der Inflation über Rohstoff- und Frachtpreise bis hin zur Stimmung bei Konsumenten und Unternehmen, sei man zwar noch nicht

zum Vorkrisenniveau zurückgekehrt, aber man könne zumindest eines behaupten: „Der Trend geht in die richtige Richtung.“

